

# AGF EuropaNews

## Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2015

### Inhalt

<b>Nachrichten aus der COFACE</b> .....	1
COFACE: Neue Initiative zu Diversität und Spielzeug (#ToysAndDiversity) .....	1
<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen</b> .....	1
EU-Kommission: Jahresprogramm 2016 angenommen.....	1
EU-Kommission: Konsultation zu Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit .....	2
EU-Kommission: Orientierungsaussprache über die wirtschaftliche und soziale Dimension des Binnenmarkts .....	2
Europäischer Gerichtshof: Urteil zu Kindergeld im Scheidungsfall .....	2
Europaparlament: EP macht sich für mehr Gleichstellung stark .....	3
EU und Unicef: Sichere Schulbildung für zwei Millionen syrische Kinder.....	3
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten</b> .....	3
Griechenland: Studie zu Kindern in Pflegearrangements .....	3
Polen: Kein Transsexuellen Gesetz .....	4
Italien: Staatsbürgerschaftsrecht geändert.....	4
Finnland: Studiengebühren für ausländische Studierende vorgesehen .....	4
Rauchverbot in Autos mit Kindern.....	4
Irland: Ehe für gleichgeschlechtliche Paare möglich / Erste Nationale Jugendstrategie veröffentlicht .....	4
<b>Weitere Nachrichten</b> .....	5
Eurochild: Strategie für kindzentrierte Investitionen vorgestellt.....	5
EAPN: Bewertung der Nationalen Reformprogramme 2015 .....	5
AGE: Forderung nach Armutsreduktion Älterer.....	5
Youth Forum: Schattenbericht zur Jugendpolitik.....	5
Öffentliche Konsultationen.....	6
European Youth Forum: Interaktive Karte zur Umsetzung der Jugendgarantie.....	6
<b>Berichte und Studien</b> .....	6
Berichte und Studien zur sozialen Lage und Ausgrenzung.....	6
Berichte und Studien zur Lage Älterer.....	7
Berichte und Studien zu Elternschaft .....	8
Berichte und Studien zu Gleichstellung von Frauen und Männern.....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen</b> .....	8

## Nachrichten aus der COFACE

### COFACE: Neue Initiative zu Diversität und Spielzeug (#ToysAndDiversity)



Im Oktober begann die COFACE mit einer Initiative zu Diversität und Spielzeug.

Mit ihr will die COFACE darauf aufmerksam machen, dass sich Diversität auch in der Werbung und bei Kinderspielzeugen niederschlagen sollte. Dazu sollen gute und schlechte Beispiele von

Werbekampagnen für Kinder und Familien analysiert werden. Weiterhin werden Spielzeugkataloge aus mindestens fünf EU-Staaten untersucht, um Trends und Vorurteile zu identifizieren. Beispielsweise soll gezeigt werden, inwiefern berufstätige Mütter oder Mädchen in wissenschaftlichen Berufen dargestellt sind, und ob die Inklusion von Menschen mit Behinderungen oder Familien mit Migrationshintergrund auf diesem Wege unterstützt wird.

- [Hintergrundinformationen zur Kampagne](#) 






## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EU-Kommission: Jahresprogramm 2016 angenommen

Mit ihrem am 27. Oktober 2015 angenommenen Arbeitsprogramm für das Jahr 2016 bekräftigt die Europäische Kommission die in ihren politischen Leitlinien aufgeführten zehn politischen Prioritäten. Gegenstand des Arbeitsprogramms sind 23 Schlüsselinitiativen zu den 10 politischen Prioritäten, die geplante Rücknahme bzw. Änderung von 20 Gesetzgebungsvorschlägen und 40 REFIT-Maßnahmen zur Überprüfung der Qualität bestehender EU-Vorschriften.

Unter anderem plant die Kommission für 2016 neue Initiativen zu Migration und Grenzmanagement, zum digitalen Binnenmarkt und zur Binnenmarktstrategie, eine Weltraumstrategie für Europa und einen Europäischen Aktionsplan im Verteidigungsbereich, nächsten Schritten für eine nachhaltige Zukunft Europas und Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Energieunion.

Zudem sind eine Europäische Agenda für neue Qualifikationen, einen Neubeginn für erwerbstätige Eltern und für die Stärkung der Säule der sozialen Rechte im Rahmen einer Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion geplant. Familienpolitisch von besonderer Bedeutung sind die Pläne zur Verbesserung der Work-Life-Balance von Familien (darunter fallen auch die geplanten neuen Initiativen zum Mutterschutz). Auch die diskutierte Richtlinie zu Frauen in den Aufsichtsräten soll 2016 angenommen werden. Zudem plant die Kommission weitere praktische Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit und Maßnahmen zur Verbesserung der Frauenerwerbstätigkeit. Teil der Arbeitsplanung ist auch ein Fahrplan zum Beitritt der Europäischen Union zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

- [Mitteilung zum Arbeitsprogramm der Kommission 2016](#)  
- [Das komplette EU-Arbeitsprogramm 2016](#) 
- [Weitere Informationen und Links zu Dokumenten](#)
- [Roadmap: EU Accession to the Council of Europe Convention](#)  

## EU-Kommission: Konsultation zu Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit

Teil des Arbeitsprogramms für 2016 der EU-Kommission ist auch eine Roadmap für die „Evaluation und Fitness Check“ zur „Evaluierung der Rechtsvorschriften zur Gleichbehandlung bei der sozialen Sicherheit entsprechend der Richtlinie 79/7/EWG zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit“. Auch familienpolitische Maßnahmen werden in dieser Gesamtschau beurteilt. Dazu läuft bereits jetzt bis Mitte Dezember ein offenes durch einen Fragebogen unterstütztes Konsultationsverfahren. Eingeladen sind alle Bürgerinnen und Bürger, Interessenvertretungen, EU-Mitgliedstaaten und andere öffentlichen, nationalen, regionalen und lokalen Körperschaften, NGOs, Forschungseinrichtungen und Sozialpartner. Weitere Informationen sowie der Fragebogen finden sich auf der „Your voice in Europe“-Website.

- [„Your voice in Europe“-Website](#)
- [Roadmap „Evaluation und Fitness Check“](#)  

## EU-Kommission: Orientierungsaussprache über die wirtschaftliche und soziale Dimension des Binnenmarkts

Die Europäische Kommission hat Anfang Oktober eine Orientierungsaussprache über die Binnenmarkt-Strategie, Mobilität der Arbeitskräfte und soziale Rechte geführt. Ziel war es unter anderem, Ende 2015 Regeln zur Arbeitskräftemobilität vorzuschlagen, die eine gezielte Überprüfung der Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie und eine Überarbeitung der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit umfassen. Bei der gezielten Überprüfung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern aus dem Jahr 1996 sollen die geltenden Rechtsvorschriften analysiert werden, um Fairness und ein angemessenes Schutzniveau für entsandte Arbeitnehmer zu gewährleisten und Betrug wirksamer entgegenzuwirken. In die Bewertung einbezogen werden auch die Auswirkungen möglicher Änderungen bei Koordinierung der Familienleistungen, der Arbeitslosenunterstützung, der Langzeitpflege und des Zugangs zu Sozialleistungen für nicht Erwerbstätige.

- [Pressemitteilung der Kommission](#)

## Europäischer Gerichtshof: Urteil zu Kindergeld im Scheidungsfall

Der Gerichtshof der EU hat mit Urteil vom 22. Oktober 2015 (Rechtssache C-378/14) über eine Vorlage des Bundesfinanzhofs entschieden. Strittig war, ob eine im Inland wohnende Person Anspruch auf Kindergeld hat, wenn die Kinder in einem anderen EU-Mitgliedstaat bei einem von ihr getrennt lebenden Ehepartner wohnen. Wenn ja, galt es festzustellen, ob und wann der im Inland lebenden Person Kindergeld zusteht, falls der im EU-Ausland lebende Elternteil seinen Anspruch auf Kindergeld nicht geltend macht.

Rechtsgrundlage ist Art. 60 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung Nr. 987/ 2009. Die Bestimmung kann dazu führen, dass der Anspruch auf Familienleistungen einer Person zusteht, die zwar nicht in dem jeweiligen Mitgliedstaat wohnt, jedoch alle anderen durch das nationale Recht vorgeschriebenen Voraussetzungen für die Gewährung erfüllt. Der Gerichtshof hat entschieden, dass es an der zuständigen nationalen Behörde liege, zu bestimmen, welche Personen nach nationalem Recht Anspruch auf Familienleistungen haben. Dies wiederum sei von dem vorlegenden Gericht zu prüfen.

Zur zweiten Vorlagefrage hat der Gerichtshof ausgeführt, dass gemäß der Verordnung nicht vom Staat verlangt wird, einen Anspruch auf Leistungen für ein Kind zwingend allein deshalb zu gewähren, weil ein zweites, in einem anderen EU-Staat lebendes Elternteil keinen Antrag auf Familienleistungen gestellt habe.

- [Rechtsprechung des Gerichtshofes](#)

### Europaparlament: EP macht sich für mehr Gleichstellung stark

Das Europaparlament hat am 8. Oktober 2015 eine umfangreiche Entschließung zur Anwendung der Gleichbehandlungsrichtlinie Beruf (2006/54/EG) mit 344:156:68 Stimmen gefasst. Die zahlreichen Forderungen umfassen u.a. ein größeres Engagement der Sozialpartner und mehr Verpflichtungen für die Betriebe in Gleichstellungsbelangen. Das Parlament dringt auf die Vorlage einer Rechtssetzungsinitiative zur effektiven Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts. In diese sollten auch geschlechtsneutrale Systeme für die berufliche Einstufung und Arbeitsplatzbewertung sowie die Lohntransparenz aufgenommen werden.

Das Parlament fordert zudem, dass die Verhandlungen zur Revision der Mutterschutzrichtlinie fortgesetzt werden. Es verlangt weitere Maßnahmen zur Bekämpfung sämtlicher Formen der (Mehrfach)-Diskriminierung sowie zur sozialen Absicherung, damit die Entlohnung und die Sozialversicherungsansprüche von Frauen, einschließlich ihrer Rentenansprüche, bei gleichwertiger Arbeit und Erfahrung denen von Männern entsprechen. Außerdem fordert es Verbesserungen bezüglich der Situation, dass sich viele Frauen für die Selbstständigkeit entscheiden, um Familie und Beruf in Einklang zu bringen und dann unter einem geringeren Schutzniveau leiden. Die Abgeordneten schlagen zudem weitere, auch präventive, Maßnahmen gegen Belästigung vor und halten Sanktionen für notwendig.

- [Bericht des Europaparlaments und Entschließung](#)

### EU und Unicef: Sichere Schulbildung für zwei Millionen syrische Kinder

Mehr als zwei Millionen Kinder und Jugendliche, die durch den Syrienkonflikt aus ihrem Leben gerissen wurden, sollen künftig wieder in die Schule gehen können. Ein am 2. Oktober von EU und Unicef unterzeichnetes Abkommen wird dafür 62 Mio. Euro zur Verfügung stellen. So sollen syrische Kinder, die in Syrien, dem Libanon und der Türkei leben, die Möglichkeit auf ein geschütztes Umfeld zum Lernen erhalten.

- [Pressemitteilung der Kommission](#)





## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Griechenland: Studie zu Kindern in Pflegearrangements

Mit Unterstützung von Eurochild wurde im vergangenen Jahr die Situation von Kindern in Griechenland, insbesondere von Kindern in Pflegeeinrichtungen (zwischen Januar und August 2015) durch das Roots Research Center untersucht. Mehr als 3.000 Kinder leben in den 85 von den Forschern identifizierten Einrichtungen. Die Untersuchung ergab, dass institutionelle Arrangements für Kinder in Pflegeeinrichtungen gegenüber Unterbringung in Pflegefamilien vorherrschen, auch für Kinder mit Behinderungen oder sehr junge Kinder. Lediglich 309 Kinder seien in Pflegefamilien untergebracht, während 2825 in Heimen leben. Der Großteil der Einrichtungen wird privat betrieben und zudem gäbe es keine öffentliche Supervision der Einrichtungen. Hauptgründe für die Unterbringung der Kinder seien Behinderung, Vernachlässigung oder

Missbrauch. Obwohl in den meisten Fällen eine Rückkehr in die Familien angestrebt wird, erwarten die Einrichtungen, dass der Großteil der Kinder ein Leben lang bei Ihnen bleiben wird.

- [Executive Summary der Studie](#)  
- [Facts and Figures in Eurochild's country snapshot](#)  

### Polen: Kein Transsexuellen Gesetz

Im Juli 2015 wurde im polnischen Parlament das erste Transsexuellen Gesetz (TSG) des Landes verabschiedet. Initiatorin war die erste transsexuelle Sejm-Abgeordnete Anna Grodzka. Ähnlich wie in Deutschland, sollte nach dem neuen Gesetz, auch ohne die operative Geschlechtsanpassung, die Geburtsurkunde und andere Dokumente geändert werden können. Zwei unabhängig voneinander erstellte Gutachten von Psychologen sollten dann nötig sein und zwischen Antrag und Anerkennung dürfen höchstens drei Monate vergangen sein. Im Oktober nun wurde das Gesetz vom Präsidenten per Veto gestoppt.

### Italien: Staatsbürgerschaftsrecht geändert

Nach einer Reform des Staatsbürgerschaftsrechts können in Italien geborene Kinder von Ausländern die Staatsbürgerschaft erhalten, wenn zumindest ein Elternteil eine Aufenthaltsgenehmigung im EU-Raum besitzt. Das Elternteil muss zudem ein Einkommen vorweisen, das über der Sozialhilfe (circa 1.000 Euro pro Monat) liegt und über eine angemessene Unterkunft verfügen. Kinder ausländischer Eltern, die dies nicht belegen können, bleibt die automatische italienische Staatsbürgerschaft verwehrt.

### Finnland: Studiengebühren für ausländische Studierende vorgesehen

Das finnische Parlament beschäftigte sich am 22. Oktober mit einem Gesetzesvorschlag zur Einführung von Studiengebühren für Studierende, die weder aus EU-Ländern noch Efta-Staaten kommen. Die Mindestbeiträge sollen bei jährlich 1.500 Euro liegen.

### Rauchverbot in Autos mit Kindern

In Ab Oktober tritt in Großbritannien ein Rauchverbot in Autos in Kraft. Sobald Minderjährige mit im Auto sitzen, ist es den übrigen Insassen untersagt, im Inneren des Autos zu rauchen. Die britische Regierung verfolgt damit das Ziel, der Gesundheitsgefährdung durch Passivrauchen vorzubeugen. Damit tritt Großbritannien in die Fußstapfen anderer Länder wie Griechenland.

### Irland: Ehe für gleichgeschlechtliche Paare möglich / Erste Nationale Jugendstrategie veröffentlicht

Ab Mitte November können sich homosexuelle Paare das Ja-Wort geben. Am 29. Oktober hat die irische Präsidentschaftskommission das Gesetz zur Eheöffnung unterzeichnet. Irland hatte als erster Staat vor fünf Monaten die Homo-Ehe per Volksentscheid eingeführt (vgl. [EuropaNews von Mai 2015](#)).

Am 8. Oktober 2015 veröffentlichte der irische Jugendminister Irlands die erste Nationale Jugendstrategie für die Jahre 2015-2020. Gleichzeitig kündigte er eine neue Beschäftigungsinitiative für junge Menschen an, die besonders gefährdet sind, arbeitslos zu werden.

- [National Youth Strategy Ireland](#)  

## Weitere Nachrichten



### Eurochild: Strategie für kindzentrierte Investitionen vorgestellt

Eurochild plädiert in dem kürzlich erschienenen Papier "A child-centred investment strategy" für auf Rechten basierende kindzentrierte Investitionen. Vor dem Hintergrund, dass die Europäische Kommission Investitionen in ökonomisches Wachstum eine sehr hohe Priorität einräumt, argumentiert Eurochild, dass eine kindzentrierte Investitionsstrategie die Voraussetzung für nachhaltige und gerechte ökonomische wie soziale Entwicklung sei. Anlass für das Papier war eine Konferenz der Europäischen Kommission und der European Investment Bank.

- [A child-centered investment strategy](#)  

### EAPN: Bewertung der Nationalen Reformprogramme 2015

Das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) veröffentlichte und debattierte am 9. Oktober auf seiner Jahreskonferenz die Umsetzung der Nationalen Reformprogramme und des Europäischen Semesters. Vor fünf Jahren, 2010, hatte sich die Europäische Union in seiner Europa 2020-Strategie das Ziel gesetzt, mindestens 20 Millionen Menschen aus der Armut zu holen. Doch bisher sei dieses Ziel komplett verfehlt, so EAPN. Mit derzeit einem Viertel der Menschen unterhalb der Armutsgrenze sei die Armut seit 2008 sogar um 5 Millionen gestiegen. EAPN kommt in der Bewertung zu dem Schluss, dass:

- 88 % der Nationalen Reformprogramme (NRP) der EU die Armutsbekämpfung nicht als Hauptziel adressierten, sondern auf Beschäftigungszuwachs als Strategie setzten
  - In drei Viertel der NRP seien die Sparpolitik zentraler Baustein, diese verursachten jedoch weitere Armut und soziale Ausgrenzung
  - Weniger als die Hälfte der Nationalen Armutskonferenzen seien von Regierungsseite konsultiert worden und davon bemängeln 76%, dass ihr Input kaum berücksichtigt wurde
- [EAPN Untersuchung der Nationalen Reformprogramme 2015](#)  

### AGE: Forderung nach Armutsreduktion Älterer

Anlässlich des "Internationalen Tages für die Beseitigung der Armut " (vgl. Meldung von [Eurostat](#)) am 16. Oktober forderte die European Older Peoples Platform (AGE) die Europäische Union auf, endlich eine wirksame Strategie gegen Armut zu entwickeln und die selbstgesetzten Ziele ernst zu nehmen. Zuvor hatte AGE seine Bewertung der Nationalen Reformprogramme und der Länderspezifischen Empfehlungen der Kommission vorgestellt und Forderungen für ein soziales Europa formuliert.

- [Pressemitteilung zum Internationalen Tag für die Beseitigung von Armut](#) 
- [AGE assessment of the 2015 National Reform Programmes](#)  

### Youth Forum: Schattenbericht zur Jugendpolitik

Das europäische Jugendforum veröffentlichte am 29. Oktober einen Schattenbericht zur Europäischen Jugendpolitik. Er basiert auf Analysen und Einzelberichten aus den nationalen Jugendorganisationen. Der Bericht schlussfolgert, dass die derzeitige Jugendpolitik ihre Versprechen und ihr Potential in Europa nicht erfüllt. Vor allem Jugendarbeitslosigkeit und soziale Exklusion würden nicht hinreichend adressiert.

- [Schattenbericht zum Europäischen Jugendbericht](#)  

## Öffentliche Konsultationen

Demnächst zu erwarten ist eine Konsultation hinsichtlich der Regeln zu Lebensmitteln. Die Kommission überprüft die Regeln derzeit und hat in einem Mitte Oktober veröffentlichten Fahrplan die weiteren Schritte dieser Bewertung dargelegt. Konkret im Blick sind dabei die derzeit gültigen Regeln für gesundheitsbezogene Angaben bei Pflanzen sowie um Nährwertprofile, für die bisher noch keine Vorgaben erlassen wurden. Die EU-Verordnung 1924/2006 zu gesundheitsbezogenen Angaben zielt darauf ab, Verbraucher vor irreführenden Angaben zu schützen.

- [Presseartikel der Kommission](#)
- [Roadmap der Kommission zu Health-Claims-Evaluation](#)  

Bereits seit dem 22.10.2015 läuft bis zum 22.01.2016 die Öffentliche Konsultation zu einer etwaigen Beschränkung von gefährlichen chemischen Stoffen (CMR 1A und 1B) in Textil- und Kleidungsartikeln. Betroffen ist Artikel 68 Absatz 2 der Verordnung 1907/2006 (REACH)

- [Weitere Informationen](#) 

## European Youth Forum: Interaktive Karte zur Umsetzung der Jugendgarantie

Das Europäische Jugendforum hat eine interaktive Karte bereitgestellt, die zeigt, wie die Umsetzung der Jugendgarantie in neun europäischen Staaten und Regionen gelungen ist.

- [New Interactive Map](#) 

## Berichte und Studien

---

### Berichte und Studien zur sozialen Lage und Ausgrenzung

#### Bertelsmann-Stiftung: Soziale Gerechtigkeit in der EU – Index Report 2015

Kinder und Jugendliche sind die größten Verlierer der europäischen Wirtschafts- und Schuldenkrise. Zu diesem Schluss kommt der am 27. Oktober veröffentlichte Social Inclusion Index, mit dem die Bertelsmann Stiftung jährlich untersucht, wie sich soziale Gerechtigkeit in den 28 EU-Staaten entwickelt. Rund 26 Millionen und damit 27,9 Prozent aller unter 18-Jährigen sind in der EU von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Geringe Zukunftsperspektiven haben auch die 5,4 Millionen jungen Menschen, die weder in Ausbildung noch in Beschäftigung sind. Eine Kluft bei der sozialen Gerechtigkeit verläuft in Europa insbesondere zwischen Nord und Süd sowie zwischen Jung und Alt. Deutschland belegt im aktuellen Index einen positiven Rang sieben von 28 Mitgliedstaaten.

- [Zusammenfassung der Studie](#)

#### Eurostat: Jeder vierte Europäer war 2014 von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht

Zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut am 17. Oktober hat das EU-Statistikamt Eurostat Zahlen zur Armut in Europa veröffentlicht. 2014 waren 122 Millionen Menschen bzw. 24,4 Prozent der Bevölkerung der EU von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht, in Deutschland 20,6 Prozent.

17,2 Prozent der Bevölkerung in der EU waren 2014, auch nach Zahlung von Sozialleistungen, armutsgefährdet. Das bedeutet, dass ihr verfügbares Einkommen unter der jeweiligen nationalen Armutsgefährdungsschwelle lag. Der Anteil der armutsgefährdeten Personen in der EU erhöhte sich sowohl gegenüber 2013 als auch gegenüber 2008.

Der Anteil derjenigen, die 2014 unter erheblicher materieller Deprivation litten, unterschied sich deutlich zwischen den Mitgliedstaaten: Er reichte von 33,1 Prozent der Gesamtbevölkerung in Bulgarien, 26,3 Prozent in Rumänien, 23,9 Prozent in Ungarn und 21,5 Prozent in Griechenland (21,5 Prozent) bis zu 0,7 Prozent in Schweden, 2,8 Prozent in Finnland und je 3,2 Prozent in Dänemark und den Niederlanden. In Deutschland betrug er 5,0 Prozent.

➤ [Pressemitteilung](#)

### **Kommission: Aktueller Quartalsbericht zur Beschäftigungssituation und soziale Lage in der EU**

Dieser Anfang Oktober veröffentlichte Bericht liefert vierteljährlich (hier 3. Quartal 2015) eine Übersicht aktueller Entwicklungen auf dem europäischen Arbeitsmarkt und der sozialen Lage in der EU, einschließlich einer Analyse der kurzfristigen Veränderungen des BIP und der Beschäftigungstrends. Der aktuelle Bericht bestätigt: Die Beschäftigungsquote ist in der Europäischen Union allen Bevölkerungsgruppen angestiegen, besonders stark jedoch bei den älteren Arbeitskräften. Zudem gibt es mehr Vollzeitätigkeit und mehr längerfristige Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit, darunter auch die junger Menschen ging leicht zurück, verbleibt jedoch insgesamt auf hohem Niveau.

### **Berichte und Studien zur Lage Älterer**

#### **Europäische Kommission: Bericht über die Rentensysteme**

Damit die Rentensysteme in Europa auch künftigen Generationen angemessene Altersbezüge sichern können, müssen möglichst viele Menschen bis zum Erreichen des gesetzlichen Mindestalters erwerbstätig sein. Dies ist eines der Ergebnisse eines am Montag vorgestellten Berichts über die Rentensysteme in der EU mit ausführlichen Länderprofilen für alle Mitgliedstaaten. Laut dem Bericht bieten die Renten und Pensionen in der EU insgesamt den meisten Menschen derzeit ausreichenden Schutz vor Armut und eine angemessene Einkommenssicherheit im Alter. Insgesamt haben die älteren Menschen in der Europäischen Union einen ähnlichen Lebensstandard wie die jüngere Bevölkerung. Im EU-Durchschnitt beträgt das mittlere verfügbare Einkommen der über 65-Jährigen 93 Prozent des Einkommens der Personen unter 65. Auch während der Krise seien ältere Menschen besser geschützt als andere Altersgruppen gewesen. Wichtig sei es jedoch, in Zukunft dafür zu sorgen, dass alle Menschen bis zum Renteneintritt arbeiten könnten.

➤ [Pressemitteilung](#)

➤ [EU-Rentenbericht mit ausführlichen Profilen der Rentensysteme](#) 

#### **Eurostat: Generation 65+ und ältere Internetnutzer im EU-Vergleich**

Anlässlich des Internationalen Tages der älteren Menschen am 1. Oktober 2015 hat das Statistische Amt der EU (Eurostat) eine Auswahl statistischer Daten zu dieser Altersgruppe zusammengestellt. Die Zahlen zeigen, dass die Lebenserwartung stetig steigt, wobei Frauen im Durchschnitt älter werden als Männer. Insgesamt ist der Anteil der über 65-Jährigen im Jahr 2014 europaweit auf 18,5 Prozent der Bevölkerung angestiegen. Davon sind mittlerweile 5,1 Prozent 80 Jahre oder älter. Bis 2080 wird sich der Anteil dieser Altersgruppe voraussichtlich sogar mehr als verdoppeln (12,3 Prozent der Bevölkerung).

In den nördlichen Mitgliedstaaten nutzten ältere Menschen regelmäßig das Internet. In Deutschland sind ältere Internetnutzer in sozialen Netzwerken am wenigsten aktiv. Dies geht aus den aktuell vom EU-



Statistikamt Eurostat vorgelegten Zahlen zum Internationalen Tag der älteren Menschen am 1. Oktober hervor. Im Jahr 2014 nutzte weniger als die Hälfte (42 Prozent) der EU-Bevölkerung zwischen 65 und 74 Jahren das Internet. Hinter diesem Durchschnittswert verbergen sich jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Mehr als zwei Drittel der Menschen zwischen 65 und 74 Jahren nutzten das Internet in Dänemark (84 Prozent), Luxemburg (81 Prozent), Schweden (78 Prozent), den Niederlanden (76 Prozent), und dem Vereinigten Königreich (70 Prozent) während in Deutschland nur 53 Prozent das Internet nutzen.

- [Eurostat-Pressemitteilung](#) 

## Berichte und Studien zu Elternschaft

### Zwei neue Artikel des Wissenschaftlichen Dienstes der EU- Kommission

In unregelmäßigen Abständen veröffentlicht der Wissenschaftliche Dienst der Kommission im Bereich Beschäftigung, Soziale Sicherung und Inklusion in der Reihe „Evidence in Focus“ Artikel und Beiträge. Aktuell haben sich die Wissenschaftler dabei auch mit der Situation von Müttern in der EU befasst. Der eine Bericht analysiert Faktoren der Erwerbstätigkeit von Müttern bezogen auf ihren Bildungsstand, der andere befasst sich mit Rahmenbedingungen für eine hohe Müttererwerbstätigkeit in Europa.

- [Two-speed road to gender equality](#) 
- [Working moms](#) 

## Berichte und Studien zu Gleichstellung von Frauen und Männern

### Weltbank-Studie: Gleichstellung von Männern und Frauen beim Zugang zu Erwerbsarbeit

Wie ist der Zugang von Frauen zur Erwerbsarbeit weltweit gesetzlich geregelt? In nur 18 Ländern bestehen zumindest auf dem Papier keine rechtlichen Hindernisse für Frauen, die einer bezahlten Tätigkeit nachkommen möchten.

Insgesamt untersuchte die Weltbank für die Studie die Gesetze von 173 Ländern. Die 18 Länder, die Frauen formal den gleichen Zugang wie Männern zur Arbeitswelt gewähren, sind: Armenien, die Dominikanische Republik, Estland, Kanada, Kosovo, Malta, Mexiko, Namibia, Neuseeland, Niederlande, Peru, Puerto Rico, Serbien, Slowakei, Spanien, Südafrika, Taiwan und Ungarn.

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
6. Nov. 2015 Sofia, Bulgarien	European Conference: " <a href="#">Families beyond borders - What is the impact of migration on families?</a> "	COFACE
17. Nov. 2015 Brüssel, Belgien	QoC Talk: " <a href="#">Working Group on the Quality of Childhood at the European Parliament</a> "	Alliance for Childhood
19./20. Nov. 2015 Berlin, Deutschland	<a href="#">Europa in der Krise - Zugänge und Ergebnisse der ökonomischen Geschlechterforschung</a> "	efas
25. Nov 2015 Bern, Schweiz	<a href="#">Zweiter Nationaler Vereinbarkeitsgipfel/ Family Score Verleihung</a>	ProFamilia

2.-4. Dez. 2015 Galway, Irland	<a href="#">Galway School 2015 Child Rights in Practice and Research</a>	UNESCO Child and Family Research Centre
22. Okt. Paris, Frankreich	<a href="#">Investing in children: building a society which respects their rights</a>	Solidarité Laïque / Eurochild
22.-25. Aug. 2016 Wien, Österreich	33. FICE Kongresses und 2. CYC Weltkonferenz " <a href="#">Together Towards a Better World for Children, Adolescents and Families</a> "	FICE

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).